DIE LINKE. Sachsen
Landesvorstand

Niederschrift der Landesvorstandssitzung vom 22. November 2019

Ort: Haus der Begegnung, Dresden

Anwesende Mitglieder:

Eyk Fechner, Stefan Hartmann, Tilo Hellmann, Kathrin Kagelmann, Andrea Kubank, Silvio Lang, Caroline Lentz, Adelheid Noack, Janina Pfau, Björn Reichel, Susanne Schaper, Marlies Schneider, André Schollbach, Jennifer Trültzsch, Max Wegener, Alexander Weiß

Entschuldigte Mitglieder:

Michael Eichhorn

Gäste:

Steffi Brachtel (Sprecherin Landesrat) Thomas Dudzak, Dieter Gaitzsch (Ombudsmann), Bernd Spolwig, Torsten Steidten (Sprecher Landesrat), Tino Wehner (Betriebsrat), Robert Wünsche (Mitarbeiter WaFa)

Erstellung der Niederschrift:

Maria Stephan

Vorgelegte Drucksachen / Unterlagen / Niederschriften zur Information:

Unterlagen:
- Tagesordnung
- 2019-11-22 Finanzplan 2020 2.Lesung
- DS_7_001_Vorschlag_Geschaeftsordnung_LaVo
- DS_7_002_Zusammensetzung_gfLavo
- DS_7_003_Mailingliste_LaVo_neu
- DS_7_004_Terminplan_2020
- DS_7_005-intern_Dienstvertrag LSM
- DS_7_006-intern_Dienstvertrag LGF
- DS_7_007-intern_Dienstvertrag LVors
- DS_7_008_Struktur-LGSt
- DS_7_008_Struktur-LGSt-Anlage
- DS_7_010_Einrichtung_AG-Struktur
- DS_7_015_ÄA_Geschaeftsordnung_LaVo
- DS_7_016_ÄA_Geschaeftsordnung_LaVo
- DS_7_017_Tagungsort_LaVo
- DS_7_018_ÄÄA_Geschaeftsordnung_LaVo
- DS_7_019_BeauftragungDigitalpolitischeLeitlinien
- DS_7_020_Dringlichkeitsantrag-Resolution-VVN-BdA
- Tarif_Entgelttarifvertrag_ab_2012
- Tarif_Manteltarifvertrag
- Tarif_Tarifvertrag_ab_2018-Fortschreibung

Umlaufmappe:
Mitteilungsblatt DIE LINKE. Leipzig 11/19

Tagesordnung:

	Tagesordnungspunkt	Drucksache
1.	Eröffnung / Beschluss über die Tagesordnung	
2.	Konstituierung (Beschlussfassung zur Geschäftsordnung, Tagungsort LaVo, Zusammensetzung gf. LaVo, Beschluss zur digitalen Arbeit, satzungsrechtliche Stellung des Landesvorstandes, Struktur LGSt)	DS 7-001 DS 7-015 DS 7-016

		DS 7-017 DS 7-018 DS 7-002 DS 7-003 DS 7-008 Tarifvertrag
3.	Personalangelegenheiten (geschlossene Sitzung)	DS 7-005 DS 7-006 DS 7-007 DS 7-009 DS 7-013
4.	Terminplanung 2020	DS 7-004
5.	Einrichtung AG Struktur	DS 7-010
6.	Vorstellung Finanzplanung 2020	
7.	Beauftragung Umsetzung von Parteitagsbeschlüssen	DS 7-012 DS 7-019
8.	Beauftragungsbeschluss Positionspapier Russland	DS 7-011
9.	Vorratsbeschluss Friedenskonferenz Lausitz	DS 7-014
10.	Sonstiges	

TOP 1 – Eröffnung / Beschluss über die Tagesordnung

Die Landesvorsitzende eröffnet die Sitzung.
Die Tagesordnung wird besprochen.

- es wird angeregt, aufgrund der Kürze der Vorbereitungszeit nicht alle Drucksachen/Beschlüsse zu besprechen
- zwar ist der Einwand berechtigt, allerdings wird angemerkt, dass der neue Landesvorstand viele Aufträge des Landesparteitages bekommen hat und dass deswegen die Zeit genommen werden sollte, heute möglichst viel zu schaffen, da der LaVo ins Arbeiten kommen soll
- die Geschäftsordnung ist heute nötig, da sie die Grundlage des Arbeitens ist
- es gibt keine Übergaberegelung für die Geschäftsordnung, daher fehlt ohne GO aktuell die Arbeitsgrundlage
- es wird vorgeschlagen, die alte GO für die heutige Sitzung zu nutzen und die Geschäftsordnung bei der nächsten Sitzung nochmal auf die Tagesordnung zu setzen

Abstimmung:
→ einstimmig beschlossen

- die Tagesordnung wird beschlossen

TOP 2 – Konstituierung (Beschlussfassung zur Geschäftsordnung, Tagungsort LaVo, Zusammensetzung gf. LaVo, Beschluss zur digitalen Arbeit, satzungsrechtliche Stellung des Landesvorstandes, Struktur LGSt)

- DS_7_015, DS_7_016, DS_7_018 sind Änderungsanträge zur Geschäftsordnung
- Punkt 5 ist die Regelung über die kleinen Summen: Finanzausgaben bis 2.500€ entscheiden Landesgeschäftsführerin und Landesschatzmeisterin gemeinsam
- Punkt 21 soll für die nächste Sitzung noch offengelassen werden: die einfache Mehrheit reicht für den Beschluss
- neuer Punkt 22: GO bleibt bis zum Beschluss einer neuen GO in Kraft. Damit hat der nächste Vorstand bereits eine GO

<u>aus der Diskussion:</u>
- 3: “oder einem anderen Landesvorstandsmitglied” → soll geändert werden
- 9: Diese ist nicht öffentlich
- 9/15: nicht gendern
- 18: in seinem Namen
- eingeschränktes Rederecht bedeutet, jedes Mitglied darf reden, allerdings gibt es hierzu

Einschränkungen, beispielsweise für Gäste oder in geschlossenen Sitzungen; Mitgliedern kann das Rederecht nicht entzogen werden
- aktuelle Debatte: 30min zu jeder Sitzung sollen zu aktuellen politischen Themen bzw. deren Besprechung genutzt werden
- 14: die Erklärung ist zu lang, eine Überlegung wäre "Gästen kann durch Beschluss des Landesvorstands Rederecht gewährt werden"
- 13: Fristenregelung, die Frage ist hierbei, was konkret "langfristig" bedeutet, es wird vorgeschlagen, dass die fünf Tage immer gelten, außer bei Dringlichkeit
- Verweis auf Antrag F.2. des LPT, dass alle Termine aller Landesstrukturen per Videokonferenz möglich sein sollen laut Beschluss; hier wäre ein Probebetrieb denkbar
- Vorschlag, die Redebeiträge auf drei Meldungen pro Person pro Tagesordnungspunkt zu beschränken
- 4 Stunden sollten ausreichend sein für Sitzungen des Landesvorstands, es wird angeregt, das auf diese zu beschränken
- Appell: es soll nicht zu stark "verregelt" werden, es sollte mehr Zeit genommen werden für inhaltliche Debatten; wenn jemand Wichtiges zu sagen hat, sollten z.B. auch mehr als drei Redebeiträge möglich sein
- Rederecht Gäste betreffend: hier sollte der Einfachheit formuliert werden "Gästen kann das Rederecht entzogen werden"
- es gibt auch die Möglichkeit, eine erste Lesung einzuführen und dann in der nächsten Sitzung nochmal darüber zu sprechen, sollten die drei Tage nicht ausreichen
- im Vorschlag für die GO stehen als Frist nur zwei Tage, das wird als nicht ausreichend angesehen
- die Argumente zur Antragsfrist sind legitim, allerdings wird der Beschluss dazu Auswirkungen haben, auch auf Mitarbeiter*innen der Landesgeschäftsstelle
- Änderungsanträge werden besprochen:
- DS_7_015: bezieht sich auf Punkt 6, Einladungen des gf. Landesvorstands sollen auch an den LaVo verschickt werden

Abstimmung:
→ einstimmig beschlossen

- DS_7_016
- die Endzeit des LaVo soll auf 21 Uhr festgelegt werden
- der Änderungsantrag hierzu wird vom Antragssteller übernommen

Abstimmung:
→ bei einer Enthaltung einmütig beschlossen

- Punkt 14 in der Geschäftsordnung; maximal drei Redebeiträge pro Person
- würde dem ersten Satz widersprechen; „Gäste haben eingeschränktes Rederecht" oder „Jede*r", nur eins von beiden ist möglich, damit es zusammenpasst
- Vorschlag: Nach „Jedes Mitglied des Landesvorstandes hat das Recht, zur Diskussion zu sprechen." wird angefügt „Jedes Landesvorstandsmitglied hat pro Tagesordnungspunkt die Gelegenheit zu maximal drei Redebeiträgen."
→ Änderung wird übernommen

Abstimmung:
6/9/0
→ Antrag abgelehnt

- Vorschlag: bis zum nächsten Mal soll hierzu ein textlicher Vorschlag unterbreitet werden
- die Frage ist, inwieweit virtuelle Sitzungen noch parteiöffentlich sein können
- hierzu könnte die Wahlfabrik genutzt werden

Abstimmung zur Geschäftsordnung:
→ einstimmig beschlossen

Tagungsort LaVo (DS_7_017):
- es wird vorgeschlagen, den Sitzungsort des Landesvorstands gelegentlich in Leipzig und Chemnitz stattfinden zu lassen

aus der Diskussion:
- eine Vertagung wird vorgeschlagen, da dies mit den Beschlüssen zu virtuellen Sitzungen in Zusammenhang steht
- hier würden vermutlich zusätzliche Kosten anfallen
- es könnte jedoch individuelle politische Situationen geben, in denen es erforderlich ist, die Sitzung andernorts stattfinden zu lassen
- Ortswechsel ist problematisch für die Mitarbeiter*innen, die die Technik in andere Städte bringen müssen
- ein Ortswechsel wurde vor vielen Jahren bereits versucht, was dazu führte, dass der Vorstand bei diesen Sitzungen nicht beschlussfähig war
- es sollte überlegt werden, mehr nach außen zu gehen, der Vorschlag ist daher nicht schlecht und gibt anderen Genoss*innen auch mal die Gelegenheit, an Sitzungen teilzunehmen
- 2-3 Sitzungen im Jahr könnten in anderen Städten durchgeführt werden
- der Vorschlag könnte in den gf. LaVo getragen werden, um dort ausgearbeitet zu werden
- es werden regelmäßig Abfragen von Tagungsorten durchgeführt; das HdB hat zahlreiche Vorteile, gerade auch in Bezug auf Kosten; außerdem hat man hierdurch eine Konstante
- in der Jahresplanung könnten Termine außerhalb allerdings berücksichtigt zu werden
- wir haben soeben unsere Arbeitszeit der Sitzungen begrenzt, wenn dann noch mehr Gäste kommen, wird es sehr knapp, diese Zeit einhalten zu können
- gerade in der jetzigen Situation mit dem Vorwurf der “Hinterzimmerpolitik” könnten Sitzungen außerhalb von Dresden der Transparenz und Mitgestaltung dienen
- ob eine Vorstandssitzung unbedingt anziehend auf Leute wirkt, sei dahingestellt, vielleicht wären andere Formate hierfür sinnvoller
- es soll ein Vorschlag durch den gf. LaVo erarbeitet werden, Vorschläge hierfür sollen zugeschickt werden, bis dahin wird dieser Punkt vertagt

Zusammensetzung gf. LaVo (DS_7_002)
- 2 Vorsitzende, 2 stellv. Vorsitzende, Landesgeschäftsführerin, Schatzmeisterin
- Hinweis: im Beschlussvorschlag muss vor “Landesvorstand” “geschäftsführender” eingefügt werden

Abstimmung:
→ einstimmig beschlossen

Festlegung digitale Arbeitsweise (DS-7-003):
- es gibt eine interne und eine erweiterte Mailingliste, die interne enthält dabei die Mitglieder sowie Mitarbeiter*innen der Landesgeschäftsstelle und dient für interne Kommunikation, die erweiterte enthält weitere Personen und dient dem Versenden von Einladungen und Beschlüssen
- Messengerkommunikation: hierfür wird “Signal” empfohlen

aus der Diskussion:
- es wird vorgeschlagen, die Sprecher*innen der LWZ/LAG mit in die erweiterte Mailingliste aufzunehmen
- die Kreisvorsitzenden fehlen hierbei
- evtl. sollten die Einladungen immer dann an die Sprecher*innen der LAGs geschickt werden, wenn es diese auch tatsächlich betrifft
- im Sinne der Transparenz wird diesem Argument widersprochen
- die Sprecher*innen sollten aufgenommen werden, um die Information zu erhalten
- Kreisvorsitzende, Sprecher*innen LwZ, Landesfinanzrevisionskommission

Abstimmung:
→ bei einer Enthaltung einstimmig beschlossen

- Aufgaben des Landesvorstands werden zur Information verlesen
- Struktur der Landesgeschäftsstelle wird zur Kenntnis genommen

TOP 3 – Personalangelegenheiten

wird als geschlossene Sitzung behandelt

TOP 4 – Terminplanung 2020

- kleiner Parteitag wird erst am 14.12. stattfinden
- wir brauchen einen neuen Termin für die Sitzung mit der Fraktion und den Kreisvorsitzenden
- außerdem wird ein neuer Termin für die Klausur benötigt
- die erste Sitzung des Landesrates ist am 25. Januar 2020
- der gf. LaVo hat darüber diskutiert, ob man Sitzungen überhaupt an Sonntagen stattfinden lassen sollte angesichts der Familienfreundlichkeit
- es sollte möglichst schnell eine Klausur stattfinden, um in die gemeinsame Arbeit zu kommen; als Vorschlag für die Klausur wird der 31. Januar und 1. Februar eingebracht
- erst Mitte Januar fängt die Partei wieder richtig an zu arbeiten, daher ist Ende Januar ein guter Termin
- es wird eingebracht, ob die Sitzung des LaVos unbedingt freitags stattfinden muss, allerdings wird es schwierig, hier einen anderen Termin zu finden
- andere Termine der Parteiarbeit sind meist montags bis donnerstags, daher bleibt wohl eher nur der Freitag
- die Termine für CSDs fehlen im Plan noch für drei andere Städte als Dresden
- Änderungsantrag: der gf. LaVo wird beauftragt, eine andere generelle Terminierung als Freitag zu finden

<u>Abstimmung:</u>
→ bei einer Fürstimme und vielen Gegenstimmen abgelehnt

- man könnte probieren, den Sonntag freizuhalten, auch in Bezug auf Landesparteitage, wenn schon die Landesvorstandssitzung freitags stattfindet; da der Terminplan erstmal nur für ein Jahr beschlossen wird, könnte man damit erstmal schauen, wie das funktioniert
- der Sonntag soll ausgeschlossen werden

<u>Abstimmung:</u>
9 dafür / 2 dagegen / 3 Enthaltungen
→ beschlossen

- der Antrag des Landesparteitages, Gedenktage zu berücksichtigen, sollte befolgt werden und auch diese in den Terminplan aufgenommen werden; das ist keine Gremienarbeit, soll aber in anderer Form berücksichtigt werden und als untersetzte Vorlage erfolgen
- Vorschlag, die Klausur am 31.1. und 1.2. stattfinden zu lassen

<u>Abstimmung:</u>
→ bei einer Enthaltung einstimmig beschlossen

- 13.–15. November 2020 muss ein neuer Termin gefunden werden
- mit der Fraktion könnte man einen anderen Termin vereinbaren als im Rahmen der Klausur
- Terminplan 2020 (DS_7_004) wird mit diesen Änderungen abgestimmt

Abstimmung:
→ einstimmig beschlossen

TOP 5 – Einrichtung AG Struktur (DS_7_010)

- Vorschlag wird eingebracht vom Betriebsrat
- der LaVo wird aufgefordert, die Notwendigkeit einer Strukturdebatte zu sehen und diese zu führen
- der Vorschlag ist, eine kleine interne Arbeitsgruppe zu dieser Thematik zu bilden, allerdings ist diese AG nicht verantwortlich, diese Debatte alleine zu führen, sondern in der Breite der Partei
- am 6.12. könnte ein Beschluss gefasst werden, der beim kleinen Parteitag am 14.12. eingebracht wird

<u>aus der Diskussion:</u>
- der Landesrat sollte einbezogen werden, wenn es um die Struktur des Landesverbandes geht
- aktuell brechen in den Kreisverbänden Strukturen ein, auch aufgrund der Landtagswahl, es ist also sehr dringend, dass dies angegangen wird
- es wird angeregt, den Finanzbeirat hier miteinzubeziehen
- die Landesgeschäftsführerin bietet hier ihre Mitarbeit an aufgrund ihrer Erfahrungen als Kreisvorsitzende

- Arbeitsvorschlag: die Landesgeschäftsführerin und die Landesschatzmeisterin sollen einbezogen werden, ebenso der Betriebsrat und der Landesgeschäftsstellenleiter Thomas Dudzak sowie die zwei Sprecher*innen des Landesrates
- auch Mitarbeiter*innen der Landesgeschäftsstelle, die in den Strukturen drinstecken, sollen miteinbezogen werden; Robert Wünsche bietet hier seine Mitarbeit an, ebenso Tino Wehner
- der Landesrat muss in der Vorbereitung nicht zwingend dabei sein, aber in der Durchführung
- auch Bernd Spolwig soll als Berater berücksichtigt werden
- Jennifer Trültzsch erklärt sich ebenfalls bereit

Abstimmung:
→ einstimmig beschlossen

TOP 6 – Vorstellung Finanzplanung 2020

- es gab eine erste Lesung im letzten Vorstand, dies ist nun das bereits geänderte Papier
- bis zum 6.12. soll dieser beschlossen werden, bis dahin sind die Kreisverbände eingearbeitet
- heute ist das nur die Lesung des zweiten Entwurfs zur Gewinnung eines groben Überblicks
- Einnahmen sind vorrangig Mitgliedsbeiträge, ca. 7300 Mitglieder; 800-1000 Menschen haben bereits ihre Beiträge erhöht

TOP 7 – Beauftragung Umsetzung von Parteitagsbeschlüssen

- Einsetzung diverser Räte
- geht hier nun nicht um die Räte selbst, sondern um die Vorbereitung und Zusammenführung von Genoss*innen; die Namen dahinter sind nicht bindend, es können sich weitere Interessierte melden
- Gewerkschaftsrat: Aufgabe von Stefan und Susanne in Zusammenarbeit mit Gewerkschaften und mit Genoss*innen, die sich mit dem Gewerkschaftsthema beschäftigen
- Bewegungsrat: Andrea Kubank und Janina Pfau; ein Vorschlag ist, Fabian Blunck miteinzubeziehen, allerdings soll es hier erstmal nur um Landesvorstandsmitglieder gehen
- Kommunalrat: Alexander Weiß und André Schollbach wären Vorschläge, somit wären Stadt und Land vertreten
- Rat Politische Bildung: Max Wegener; zusätzlich Adelheid Noack, Silvio Lang, Björn Reichel und Marlies Schneider
- Mitgliederrat: Caroline Lentz und Kathrin Kagelmann und Eyk Fechner, für Prozesse der Mitgliederbeteiligung und Neumitgliedergewinnung; das Papier von Katrin Pritscha soll Berücksichtigung finden
- Grundsatzkommission: Stefan Hartmann und Susanne Schaper sowie Björn Reichel
- Arbeitsgruppe zur Vorbereitung und Umsetzung des „Kolloquiums“: Anja Eichhorn, Lentz, Wegener
- Ältestenrat: Schaper, Hartmann
→ D_7_012NEU

Abstimmung:
→ einstimmig beschlossen

- Beschluss zur Bitte an Nico Brünler um die Vorbereitung einer Arbeitsgruppe zur Erarbeitung digitalpolitischer Leitlinien

Abstimmung:
→ einstimmig beschlossen

TOP 8 – Beauftragungsbeschluss Positionspapier Russland (DS_7_011)

- nicht nur unser LPT hat eine Situation erzeugt, die nun zu einigen politischen Komplikationen führt
- Vorschlag: die internationale Kommission des Parteivorstands soll gebeten werden, ein Papier zu entwerfen unter Berücksichtigung der beiden Parameter “Anforderungen an die deutsche Außenpolitik” und “Verhältnis zu gesellschaftlichen Problemen in Russland”, in der wir der Sache gerecht werden können und den Genoss*innen in den LzW eine Debattengrundlage geben
- wir wollen auf diesem schwierigen Gebiet dennoch Gemeinsames betonen
- wir wollen dem Ganzen einen Debattenraum geben

- nächste Woche ist eine russische Delegation in Berlin, dort können Interessierte ebenfalls hinkommen

Abstimmung:
→ mehrheitlich beschlossen

TOP 9 – Vorratsbeschluss Friedenskonferenz Lausitz (DS-7-014):

- es kam eine Anfrage von Genoss*innen aus Brandenburg in Zusammenhang mit dem NATO-Manöver "Defender 2020", in der Lausitz eine Friedenskonferenz durchzuführen; der KV Görlitz ist hier bereits involviert und wir als Landesverband sollten dies unterstützen, auch um unser friedenspolitisches Profil als Partei gegen Krieg und für Abrüstung in den Vordergrund zu stellen
- es gab dazu die Idee, unter anderem die Genoss*innen Kagelmann und Lang zu bitten, die Kommunikation mit den obersten Ebenen zu führen

Abstimmung:
→ einstimmig beschlossen

TOP 10 – Sonstiges

- dem VVN-BdA soll die Gemeinnützigkeit entzogen werden und soll nun nachträglich Steuern bezahlen und ist damit nicht mehr arbeitsfähig
- wird begründet dadurch, dass der Verband in Bayern im Verfassungsschutzbericht auftaucht
- der Landesvorstand sollte darauf reagieren, da dies bereits der dritte Fall nach ATTAC und CAMPACT ist
- viele Genoss*innen sind im VVN-BdA tätig
- die Bundestagsabgeordneten sollten gebeten werden, dies im Bundestag zu thematisieren

Abstimmung:
→ einstimmig beschlossen

Sonstige Infos:

- nächste Woche Donnerstag (28.11.19) findet erstmalig seit 200 Jahren eine Rückgabe von menschlichen Gebeinen aus ethnografischen Museen in Sachsen statt

- es kam eine Anfrage von der Bundespartei; sie möchte auf Kreisebene ein Monitoring zu politischer Bildung machen, es gibt zwei Fragebögen, einmal für die Kreise und einmal für den Landesverband, Max Wegener würde sich darum kümmern, damit diese Datenerhebung der Bundesgeschäftsstelle statttfinden kann

- Dieter Gaitzsch hat den Antrag gestellt, sich mit einer Kulturdebatte innerhalb der Partei zu beschäftigen;- das soll auf die Klausur verlegt werden

- die Bundespartei hat vorgeschlagen, eine Regionalkonferenz zur Strategiekonferenz abzuhalten, wir müssen klären, ob wir das machen wollen; es ist sinnvoll, das Angebot anzunehmen, die Vorbereitung liegt dann bei der Bundespartei; wir müssen uns dafür lediglich dort melden

Abstimmung:
→ einstimmig beschlossen

- die Luxemburg-Stiftung Bund plant für nächstes Jahr in Leipzig im Rahmen der Tarifrunde "Nahrung, Genuss, Gaststätten" eine größere Veranstaltung, genauere Infos gibt es, wenn der Termin feststeht

F.d.R.

Dresden, 11.12.2019

Janina Pfau